



HESSISCHER LANDTAG

16. 11. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Krisenprävention statt Krisenpopulismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Finanzmarktkrise, die Staatsschuldenkrise und die Eurokrise komplexe ineinander wirkende Entwicklungen sind, die sich zu einer Systemkrise entwickelt haben. Insbesondere bleiben die Maßnahmen zur konsequenteren Regulierung des Finanzmarkts bisher deutlich hinter den Erkenntnissen der Jahre 2008 und 2009 zurück.
2. Der Landtag unterstreicht, dass neben stabilisierenden Sofortmaßnahmen zur Krisenbekämpfung auch eine konzeptionelle Neuordnung der Finanzmärkte nötig ist, um systemgefährdende Krisen zukünftig zu verhindern. Insbesondere ist der Ordnungsrahmen sowohl der Finanzmärkte als auch der staatlichen Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik europaweit kritisch zu überprüfen und neu auszurichten.
3. Der Landtag sieht in der Occupy-Bewegung ein Signal dafür, dass viele Menschen die negativen Folgen unzureichend regulierter Finanzmärkte nicht mehr hinnehmen wollen. Der Ärger der Bürgerinnen und Bürger darüber, dass die Boni-Exzesse für das Management der Finanzbranche in einem eklatanten Missverhältnis zur faktischen Staatshaftung für dessen Fehler und Verluste stehen, ist nachvollziehbar; die Sorge um die Realwirtschaft mehr als verständlich.
4. Der Landtag betont, dass die populistische und generelle Forderung, die Banken zu verstaatlichen, konzeptionell zu kurz greift und nicht zu einem auf Dauer funktionsfähigen Finanzsektor führen wird. Der Landtag erachtet stattdessen eine stärkere Harmonisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitik in Europa als geeignetes Mittel, um den Euro-Währungsraum langfristig zu sichern.
5. Der Landtag beurteilt darüber hinaus die Finanztransaktionssteuer, eine schlagkräftige europäische Finanzaufsicht und eine wirksame Finanzmarktregelung sowie die Verbesserung der Eigenkapitalquote der Banken als geeignete Instrumente, um die Finanzmärkte zu stabilisieren.
6. Der Landtag hält weiterhin die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Europa für dringend geboten. Die hohen Schuldenquoten und die beträchtlichen strukturellen Haushaltsdefizite erfordern, dass Einsparungen und Effizienzsteigerungen im staatlichen Sektor um sozial ausgewogene Einnahmeerhöhungen ergänzt werden.

Wiesbaden, 15. November 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir